



Moralistische Drohkulisse: Innenminister Berset.

Schweiz

Realität geht vor Romantik

Von Peter Keller — Zwei Fremdsprachen in der Primarschule sind zu viel. Statt eine sachliche Diskussion zu führen, versucht Bundesrat Alain Berset (SP) die Sprachenfrage zur nationalen Überlebensfrage zu stilisieren. Dabei stellt er sich über die Verfassung.

Eigentlich handelte es sich um reine Routine. In der Sessions-Fragestunde arbeiten die Bundesräte tagesaktuelle Sorgen und Sörgelchen aus dem Parlament ab. Im Dutzend und im Zweiminutentakt. Was in der Woche zuvor in den Medien Schlagzeilen machte, wird in der Regel als Frage im Nationalrat rezykliert und von den zuständigen Departementsvorstehern in ein paar Sätzen abgewickelt.

Für einmal sorgte eine bundesrätliche Antwort indes für ungewohnte Aufmerksamkeit: Innenminister Alain Berset (SP) nahm Stellung zur Sprachenfrage in der Primarschule. Gemäss den gesetzlichen Vorgaben sollten sich Schüler am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit in einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache ausdrücken können. Daran will gar niemand rütteln. Doch Berset redete sich um seinen föderalistischen Kragen: Der Bundesrat sei überzeugt, begann er seine Replik, «dass das Erlernen einer zweiten Landessprache bereits ab der Primarschule zur Erreichung dieses Ziels notwendig» sei. Er verfolge darum die laufende Diskussion sehr aufmerksam. Kantonale Lösungen, die zu einer Benachteiligung der zweiten Landessprache führen könnten, würden «den nationalen Zusammenhalt gefährden», so Berset.

Was geschieht hier gerade? Eine an sich pädagogische Angelegenheit – wie viele

Fremdsprachen sind sinnvoll in der Primarschule? Wann ist der ideale Einstieg ins Frühfranzösisch? – wird zur nationalen Überlebensfrage stilisiert. Statt sachlich zu diskutieren, wird die moralistische Drohkulisse aufgefahren: Wer die zweite Fremdsprache, namentlich den Nutzen des Frühfranzösisch auf Primarschulstufe bezweifelt, wird umgehend als Zerstörer der multikulturellen Schweiz hingestellt.

«Politisch leider nicht durchsetzbar»

Ironischerweise ist es Alain Berset selber, der die Sprachenfrage fahrlässig politisiert. Wie wacklig seine Argumentation ist, zeigt allein die Tatsache, dass das Frühfranzösisch erst in den 1990er Jahren versuchsweise eingeführt wurde. Später wurde noch eine zweite Fremdsprache in den Stundenplan der Primarschüler gepackt. Dabei ging es nicht um den nationalen Zusammenhalt, wie Berset nun nachträglich fantasiert, sondern um die romantische Vorstellung, laut der Kinder eine andere Sprache umso leichter lernen würden, je jünger sie sind.

Mittlerweile ist die Ernüchterung gross – insbesondere unter Pädagogen. In verschiedenen Kantonen hat sich die Mehrheit der Lehrerschaft für eine Verschiebung des Französisch in die Oberstufe ausgesprochen. Auch

der Schweizer Lehrerverband (LCH) geht auf Distanz zum Sprachenkonzept. Schon 2011 äusserte sich der damalige Chefpädagoge des LCH, Anton Strittmatter, erstaunlich deutlich: «Aus sachlichen Gründen müsste man auf die zweite Fremdsprache verzichten, aber politisch ist das derzeit leider nicht durchsetzbar.»

Dass nur noch Frühenglisch in der Primarschule unterrichtet wird, will SP-Nationalrat Matthias Aebischer unter allen Umständen verhindern, und er wiederholt das Mantra vom kulturellen Zusammenhalt in der Schweiz: «Wenn sich die Bewohner aus dem Tessin, der Romandie und der Deutschschweiz nicht mehr verständigen können, verstehen wir uns gar nicht mehr» (*Tages-Anzeiger*). Dabei soll dem Französisch gar keine Lektion abgezwickelt werden. Pädagogisch von Bedeutung ist, dass die Kinder Freude und Interesse an einer anderen Sprache entwickeln. Ob es sich dabei um eine Landessprache handelt oder nicht, ist völlig zweitrangig.

Dass besonders Migrationskinder oder schwächere Schüler mit insgesamt vier Sprachen völlig überfordert sind, scheinen die Sozialdemokraten ausblenden zu wollen. Und wenn in manchen Schulhäusern auf der Oberstufe Fremdsprachen abgewählt werden können, dann geschieht dies aus einer Notsitua-

tion heraus: Was bringt es, wenn Schulabgänger ein bisschen Französisch, ein bisschen Englisch, aber nicht richtig Deutsch können? Wenn Neuntklässler an Mathematikaufgaben scheitern, weil sie die Aufgabe bereits sprachlich nicht begreifen, hilft auch kein Frühfranzösisch mehr. Realität geht vor Romantik. Hier muss sich die Schule auf ihren Kernauftrag besinnen: dass ein sechzehnjähriger Mensch überhaupt in der Lage ist, eine Berufslehre anzugehen.

Monokultur von oben

Das vielgepriesene frühe Lernen von zwei Fremdsprachen in der Primarschule habe sich nicht bewährt, findet Hanspeter Amstutz, langjähriger Lehrer und ehemaliger Bildungsrat aus dem Kanton Zürich: «Mit dem Kurzfutter-Konzept mit nur zwei Wochenstunden pro Fremdsprache hat rund die Hälfte der Primarschüler keine Chance, ohne stützende Massnahmen in beiden Sprachen auf einen grünen Zweig zu kommen.» Diese erhebliche Belastung der Primarschule durch die Fremdsprachen gehe auf Kosten anderer zentraler Fächer, die den Kindern weit mehr bedeuten würden und nachhaltigeren Lernerfolg versprechen.

Hanspeter Amstutz, Vorstand des Vereins Kindgerechte Schule, fordert die Kantone auf, sich beim Lehrplan 21 zusammenzurufen und eine mutige Entscheidung zu treffen, die «keine

frustrierten Schüler und Lehrpersonen» hinterlasse. Doch von dieser Seite ist wenig Unterstützung zu erwarten. Im Gegenteil: Der vorliegende Lehrplan 21 ist ein Monstrum von 550 Seiten, das die Lehrpersonen sogar in ihrem Kerngeschäft, im Unterricht, entmündigen will.

Nicht nur die Macher des Lehrplans 21, auch die Anhänger der zwei Fremdsprachen in der Primarschule beziehen sich auf den ominösen Bildungsartikel aus dem Jahr 2006. Tatsächlich hat sich damals eine grosse Mehrheit der Bevölkerung für eine sanfte Harmonisierung des «Bildungsraums Schweiz» und für ein durchlässiges Ausbildungssystem ausgesprochen. Dass jungen Menschen mit einer Berufs-

Diese demokratischen Basisbewegungen will Alain Berset nun von unterbinden.

bildung heute der Weg zu den Fachhochschulen offensteht, gehört zu den unbestrittenen Errungenschaften der schweizerischen Bildungspolitik.

Was die Harmonisierungsbestrebungen angeht, wird allerdings kräftig übersteuert. Niemand sprach 2006 von einem Lehrplan 21 mit 4753 «Kompetenzen», niemand forderte damals offen die Schulpflicht ab vier Jahren und die Auflösung der Kindergärten, wie es das

Harmos-Konkordat möchte. Für Kopfschütteln sorgten vor allem die unterschiedlichen Schuljahresanfänge, im Kanton Basel-Stadt beispielsweise im Frühling.

Solchen Wildwuchs wollte man abstellen. Dass aber aus einer gesunden, bildungspolitischen Vielfalt nun eine von oben diktierte Monokultur geschaffen werden soll, davon war keine Rede. Genau deswegen formiert sich demokratischer Widerstand in den Kantonen. Das Harmos-Konkordat ist gescheitert. In sieben Kantonen sind Vorstösse hängig, die nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule fordern und dabei offenlassen, um welche es sich handeln soll.

Diese demokratischen Basisbewegungen will Alain Berset nun von oben unterbinden: Der Bundesrat prüfe, ob er gemäss Verfassung intervenieren werde, «damit das Erlernen einer zweiten Landessprache ab der Primarschule in allen Kantonen gewährleistet wird». Viel zu prüfen gäbe es nicht. Das Gesetz sieht vor, dass die Schüler bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit eine zweite Landessprache lernen müssen. Von Primarschülern steht hier nichts. Was Bundesrat Berset versucht, ist verfassungswidrig und gegen die Bildungshoheit der Kantone gerichtet.

Peter Keller ist Nationalrat der SVP, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) und freier Mitarbeiter der *Weltwoche*.



Im Durchschnitt sind Mitarbeitende jedes Jahr 6,8 Tage gesundheitsbedingt abwesend.

Kein Unternehmen ist durchschnittlich. Deshalb bieten wir Ihnen massgeschneiderte Versicherungslösungen, die Sie vor den finanziellen Folgen krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheiten schützen.

Lassen Sie sich von uns beraten:
per Telefon 058 277 18 00 oder
auf www.css.ch/unternehmen.
Ganz persönlich.



CSS
Versicherung